



Hamburg, 31.01. 2011

Medienmitteilung

Uwe Grund: „Die Extremismusklausel ist antidemokratisch und muss weg!“

Der DGB Hamburg beteiligt sich am „Aktionstag für Demokratie - gegen Misstrauen und Bekenntniszwang“ gegen die umstrittene „Extremismusklausel“ von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) morgen, am 1. Februar 2011.

„Diese Klausel ist antidemokratisch und fordert zur Denunziation von politischen Initiativen und Personen auf,“ so Hamburgs DGB-Vorsitzender Uwe Grund. „Damit wird die wichtige Arbeit von zahlreichen Gruppen und Projekten, die sich gegen den Rechtsextremismus in Hamburg einsetzen, massiv behindert, weil eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit anderen teilweise unmöglich gemacht wird.“

In Hamburg ist zum Beispiel das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus des Bildungsträgers „Arbeit und Leben Hamburg“ betroffen.

Nach Willen des Bundesfamilienministeriums erhalten Träger für ihre Arbeit in Zukunft nur noch dann Fördergelder, wenn sie die sogenannte „Demokratieerklärung gegen Extremismus“ unterschreiben. Laut dieser Klausel im Bundesprogramm für Initiativen gegen Rechtsextremismus müssen Träger die Verfassungstreue von Partnerorganisationen und Personen garantieren, wenn sie mit ihnen zusammenarbeiten wollen.

Nötigenfalls solle die Verfassungstreue durch eine Anfrage beim Verfassungsschutz geklärt werden. Kann sie nicht garantiert werden, müsste die Zusammenarbeit aufgekündigt werden. Von juristischer Seite hat der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Ulrich Battis in einem Gutachten festgestellt, dass Teile der Klausel „verfassungsrechtlich bedenklich“ seien.

„Diese Klausel muss weg und zwar sofort“, fordert Uwe Grund. Er unterstützt den morgigen Aktionstag, an dem dazu aufgerufen wird, Protestschreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfamilienministerin Kristina Schröder zu senden.

Felix Hoffmann
DGB Hamburg
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 040 2858 – 247
Mobil: 0175 72 22 415
Fax: 040 2858 251
E-Mail: felix.hoffmann@dgb.de
www.dgb-hamburg.de